

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

ich habe lange gebraucht, um mein Schweigen zu brechen. Auch deshalb, weil die Angelegenheit, zur der ich jetzt Unterlagen zur Verfügung stelle, im „Nichtöffentlichen Teil“ des von Sitzungen behandelt wurden. Von meinem Anwalt wurden mir in dieser Angelegenheit die Unterlagen zur Verfügung gestellt mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass ich alles was meiner Verteidigung dient, schriftlich wie auch mündlich, veröffentlichen darf.

Da mir der Vorwurf gemacht wird, ich hätte für die Stadt Wedel unberechtigterweise Kosten verursacht, muß ich jetzt darauf reagieren. Der Vorwurf der Untreue ist einfach falsch!

Worum geht es ?

Ich bin bereits letztes Jahr in den Monaten Januar bis einschließlich April 2023 – ich war gerade mal sieben Monate im Amt - von Seiten stadtbekannter Politiker des Haupt- und Finanzausschusses HFA (die Mitglieder bzw. deren Namen können Sie im Bürgerinformationssystem ersehen) und des damaligen Stadtpräsidenten massiv des Gesetzesbruchs in einer Vielzahl von Punkten beschuldigt worden. Ich wurde in den HFA-Sitzungen regelrecht vorgeführt. Dies führte dazu, dass ich mich wehren musste. Deshalb habe ich als Bürgermeister die namhafte Kanzlei Weißleder und Ewer für die Stadt Wedel beauftragt, mein angebliches Fehlverhalten zu bewerten, um den unfassbaren Anschuldigungen der Politiker entgegenzutreten zu können.

In dem 28-seitigen Dokument der Kanzlei lesen Sie die klaren und eindeutigen Erklärungen, die ALLE Vorwürfe der Politiker und des damaligen Stadtpräsidenten nach 4 Monaten niedergeschlagen haben.

Es gab bis heute keine Entschuldigungen der Politiker (welche zum Teil noch heute Fraktionsvorsitzende und Ratsmitglieder des neuen Rates sind). Ausdrücklich möchte ich den Vertreter der SPD im damaligen HFA, Herrn Wolfgang Rüdiger, erwähnen, der als Einziger seinen Protest und sein Unbehagen gegen diese massiven Vorwürfe einlegte.

Nach der Wahl des neuen Rates wurde die Rechnung der Kanzlei (siehe Dokument) an die Stadt gestellt. Dies hat dazu geführt dass der jetzige Rat und der jetzige Stadtpräsident, die Rechnung als nicht gerechtfertigt ansehen. Ich habe freiwillig diese Rechnung an den Rechnungsprüfer gegeben mit der Bitte um eine eingehende Prüfung. Die Bewertung kommt zum Schluss, dass ich diese Rechnung bezahlen sollte, weil es sich hier um eine Angelegenheit zwischen dem Dienstvorgesetzten und dem Bürgermeister gehandelt hätte. Dies ist falsch, wie sich eindeutig aus dem 28-seitigen Dokuments der Kanzlei ergibt. Ich habe dies jetzt erneut prüfen lassen und die zuständige Kanzlei kommt zu keinem anderen Ergebnis.

In einem beigegefügt Dokument (Protokoll 23.4.2023) können Sie ersehen, dass ich dem Stadtpräsidenten und den HFA-Mitgliedern mitgeteilt habe, dass ich eine Kanzlei zur Klärung dieser Verfahrensfragen eingesetzt habe. Es gab keinen Einwand, keinen

Protest, absolut nichts in der Richtung, dass ich diese Rechnung selbst bezahlen müßte.

Vor Beauftragung der Kanzlei im Namen der Stadt habe ich prüfen lassen, dass ich und damit die Stadt nur in Verfahrensfragen beraten wird, nicht aber im Hinblick auf dienstrechtliche Angelegenheiten. Jeder Bürgermeister darf eine externe Rechtsanwalts-Kanzlei jederzeit in Anspruch nehmen, wenn das hauseigene Justizariat aus Sicht des Bürgermeisters diese Angelegenheit nicht ausreichend bearbeiten kann. Es handelt sich hier ausschließlich um Zuständigkeits- und Verfahrensfragen. Das wird klar und eindeutig in den 28 Seiten des beigefügten Dokuments bewiesen. Dennoch möchte der Rat der Stadt Wedel weiterhin, dass ich diese Rechnungen bezahle. Gleichzeitig geht damit der absurde Verdacht der Untreue einher, welcher durch die gestellten und direkt an die Presse durchgestochenen Strafanzeigen medienwirksam dargestellt wurde.

Sehen Sie Ähnlichkeiten zwischen Damals und Heute ?

Es ist unfassbar, dass ich mich wehren musste gegenüber langjährigen Ratsmitgliedern, die das Kommunalrecht hätten kennen und selber erkennen müssen, besser als ich, der erst sieben Monate im Amt war, dass solche Anschuldigungen nicht rechtens sind. (siehe auch meinen Widerspruch zu Wedel Marketing in diesem Jahr).

Erstaunlicherweise standen dann ein Großteil der im HFA im April 2023 besprochenen Punkte nicht im finalisierten Protokoll. Deshalb habe ich Protest eingelegt, dass alles was an Vorwürfen gemacht wurde inkl. des Dokuments der Rechtsanwaltskanzlei in ein überarbeitetes Protokoll geschrieben wird. Erst nachdem ich mit einer Beschwerde bei der Kommunalaufsicht drohte, hat der Haupt -und Finanzausschuß dem stattgeben müssen. Das abschließende Protokoll ist im nichtöffentlichen Teil des Bürgerinformationssystems abgelegt, zu dem ich derzeit keinen Zugang habe.

In diesem Zusammenhang gab es noch einen weiteren erheblichen Vorfall (Beweise wurden dem Anwalt der Kanzlei Weißleder und Ewers damals zugesendet): Der damalige Stadtpräsident und ein sehr enger Mitarbeiter (Leiter des Fachbereiches 3) haben in dieser Zeit (Februar 2023) hinter meinem Rücken nachweislich die interne IT beauftragt, ein Postfachbackup des Funktionspostfaches Buergermeister@stadt.wedel.de zu erstellen. Warum, können Sie sich sicher vorstellen. Dies war widerrechtlich! in Stadtpräsident darf keine Anweisungen an meine Mitarbeiter geben und ein Mitarbeiter darf solche unzulässigen Anweisungen nicht hinter meinem Rücken ausführen.

Zusammenfassung:

Seit Beginn meiner Amtszeit wird von Teilen der Politik und von einigen Mitarbeitern und Führungskräften der Verwaltung versucht, mich mit allen, auch unfeinen Mitteln aus dem Amt zu drängen. Es geht hier, wie Sie lesen, nicht nur um den Vorwurf der Untreue, sondern auch um eine niederträchtige Verleumdung eines politischen Amtsträgers, die zur Vernichtung meiner beruflichen aber auch privaten Existenz führen soll.

Gernot Kaser, 22. Mai 2024